

Über Moslems nur Gutes

Der Vorwurf der »Islamophobie« dient der Abwehr der Kritik des Islamismus. Von Klaus Blees

»Die Islamophobie nähert sich dem Niveau des Antisemitismus der dreißiger Jahre.«

Ekmeleddin Ihsanoglu, Generalsekretär der Organisation Islamischer Staaten in der türkischen Tageszeitung »Today's Zaman« (30.8.06)

»Das Problem mit der Islamophobie ist, daß es sich um ein irrationales Konzept handelt. Es vermengt Haß auf und Diskriminierung von Moslems auf der einen Seite mit Kritik am Islam auf der anderen.«

Kenan Malik, »The Islamophobia Myth«, in: »Prospect«, Februar 2005

Aufgrund tatsächlicher oder projizierter Eigenschaften sind Menschen unterschiedlichen Arten von Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt. Im Zuge der sich dagegen richtenden Antidiskriminierungsbestrebungen ist nicht nur in Deutschland seit einigen Jahren die Verteufelung von Moslems und ihrer Religion in den Fokus von Liberalen, Linken, Globalisierungskritikern, Menschenrechtsgruppen und Islamvertretern geraten. Der Einsatz für ihre Rechte und die Solidarität mit ihnen ist diesem Spektrum zur vorrangigen Aufgabe des Kampfes gegen Diskriminierung geworden. Analog zu den Begriffsbildungen »Xenophobie« für Fremdenfeindlichkeit und »Homophobie« für Schwulenfeindlichkeit hat sich für Feindschaft gegenüber dem Islam die Bezeichnung »Islamophobie« durchgesetzt. Der weltweite Siegeszug dieses Modeworts begann 1996 in Großbritannien, wo es von einer »Kommission für britische Muslime und Islamophobie« populärisiert wurde. Ursprünglich jedoch verwendete diesen Begriff das iranische Mullahregime, das Frauen seit Ende der siebziger Jahre als »antiislamisch« brandmarkte, wenn sie sich dem Verschleierungszwang widersetzen.

In Großbritannien gibt es die »Islamische Menschenrechtskommission«, die im Kampf gegen »Islamophobie« besonders rühmig ist. So wird von ihr regelmäßig der oder die »Islamophobe des Jahres« gekürt und durch eine Preisverleihung verhöhnt. Diesen »Ehrentitel« erhielten unter anderem bereits Nick Griffin, Vorsitzender der faschistischen British National Party, und die »Guardian«-Kolumnistin Polly Toynbee. Auch in Österreich existiert eine Spezialinstitution, die sich – in Anlehnung an das antifaschistische Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes – »Dokumentationsarchiv für Islamophobie« nennt und in diesem »eine Gefahr für unsere Gesellschaft wie auch Antisemitismus und Homophobie« sieht. In Deutsch-

land beklagt nicht zuletzt Pro Asyl eine seit Jahren wachsende »Islamophobie« (Presseerklärung, Juli 2006).

Verschiedene Internetseiten sind speziell zur Beobachtung und Bekämpfung dieser vermeintlichen Bedrohung durch »Islamophobie« eingerichtet worden. In Großbritannien ist es vor allem die Website Islamophobia Watch (www.islamophobia-watch.com), die für sich beansprucht, den »Krieg gegen den Islam« zu dokumentieren, und die »Islamophobie« ausdrücklich als »rassistisches Instrument des westlichen Imperialismus« definiert. Dabei werden die Übeltäter in verschiedene Kategorien eingeteilt oder länderspezifisch sortiert. Neben einer Rubrik für Rechtsextremisten gibt es da auch die Abteilungen für säkulare oder linke Islamgegner – in Deutschland hält man Mina Ahadi und Arzu Toker vom Zentralrat der Exmuslime für besonders gefährlich. Eine vergleichbare deutsche Website stellt das Watchblog Islamo-

phobie ([http:// watchblogislamophobie.wordpress.com/](http://watchblogislamophobie.wordpress.com/)) dar, das der Schriftsteller Arne Hoffmann gemeinsam mit anderen Islam-schützern eingerichtet hat.

Auffallend ist, wen und was diese neuen Antidiskriminierungskrieger alles in einen Topf werfen. Polly Toynbee, eine linksliberale Antirassistin, hat sich gegen die Unterdrückungspraktiken islamischer Fundamentalisten, insbesondere gegen die mit dem Islam begründete Frauenunterdrückung gewandt. Doch hat sie nirgends Moslems diffamiert. Das bewahrt sie ebensowenig wie andere säkulare und linke Verfechter einer emanzipatorischen Islamkritik davor, mit Rassisten gleichgesetzt zu werden. Das widerfuhr auch dem Autor dieses Artikels, dem auf einer Attac-Mailingliste »Islamophobie« vorgeworfen wurde, weil er für die Flugschrift »Mit Islamismus gegen die Aufklärung« der »Aktion 3. Welt Saar« verantwortlich zeichnet. Hier offenbart sich beispielhaft eine wesentliche Funktion des Feldzugs gegen »Islamophobie«: die aufgeklärte Kritik an islamischen Herrschafts- und Entrechtungsmethoden zu diskreditieren und zu tabuisieren. »Islamophobie« dient denen als Kampfbegriff, die eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Phänomenen wie Kopftuchzwang, Zwangsverheiratung, Ehrenmorden und dem sie legitimierenden Glaubenssystem nicht wünschen, weil sie deren

Braune Suppe: Anti-Moscheebau-Demo des Vereins »Pro Köln«, Juni 2007



direkte Nutznießer sind oder weil dies die Harmonie ihres multikulturellen Seelenhaushalts stören würde.

Das läßt sich durch andere Beobachtungen untermauern. Derartige Kampagnen werden nämlich nicht nur von linken, liberalen und sonstigen Gutmenschen getragen, sondern wesentlich von moslemischen wie nicht-moslemischen Rechtsextremisten. Die 1953 in Jordanien aus dem Umfeld der Moslembroderschaft hervorgegangene Islamistengruppe Hizb ut-Tahrir etwa hat in Großbritannien eine Kampagne »Stopp die Islamophobie« gestartet. Diese in Deutschland inzwischen verbotene Organisation arbeitete mit Neonazis zusammen, unterstützt Selbstmordanschläge in Israel und möchte weltweit die Sharia einführen. Nazigruppen wie »Synergon Deutschland« oder Rechtskonservative wie Otto von Habsburg haben sich der Bekämpfung der »Islamophobie« beziehungsweise »Islamhetze« verschrieben (siehe den Beitrag »Pflicht zur Differenz«, KONKRET 12/06). Ein Vertreter der 57 Staaten umfassenden »Organisation der Islamischen Konferenz« bezeichnete Ende August dieses Jahres »Islamophobie« und die »Diffamierung des Islam« als die heute augenfälligsten Formen von Rassismus und Intoleranz und möchte sie auf der für 2009 geplanten Antirassismuskonferenz der UN vorrangig behandelt wissen, zusammen mit der »anhaltenden Not des palästinensischen Volkes und der Nichtbeachtung seines unveräußerlichen Selbstbestimmungsrechts«.

Zentral für solche Opferinszenierung ist die Relativierung, Verharmlosung oder Leugnung des Antisemitismus, indem »Antiislamismus« mit diesem gleich- oder an seine Stelle gesetzt wird. Der in großen Teilen der islamischen Welt virulente Wunsch nach der Auslöschung Israels läßt sich durch diese Täter-Opfer-Umkehr jeder Verurteilung entziehen.

Zu klären bleibt, ob der Vorwurf der »Islamophobie« lediglich in inflationärer, ungerechtfertigter Weise verwendet, also mißbraucht wird oder ob die Annahme einer spezifischen, über Xenophobie und Rassismus hinausgehenden Diskriminierung von Moslems überhaupt haltbar ist. Der aus Indien stammende britische Publizist Kenan Malik ist dieser Frage für Großbritannien anhand empirischen Materials nachgegangen. In seinem Essay »The Islamophobia Myth« kommt er zu dem Ergebnis, daß es sich bei der »Islamophobie« im wesentlichen um einen Popanz handelt. Die schlimmsten Wellen rassistischer und fremdenfeindlicher Gewalt richteten sich in Großbritannien keineswegs gegen Moslems. Zwar werden Moslems im Vereinigten Königreich diskriminiert, aber in der Regel nicht, weil sie Moslems sind. Hauptbedingungen von Benachteiligungen sind Faktoren wie Klassenzugehörigkeit und Hautfarbe, egal ob bei Moslems oder Nichtmoslems. Malik zeigt, wie die Beschworung von »Islamophobie« unter anderem vom Problem des Rassismus ablenkt. Auch die sich antimoslemisch positionierenden Teile

der deutschen Naziszene äußern sich nicht »islamophob«, sondern völkisch-rassistisch. So erklärte der Landesvorsitzende der NPD Saar, Frank Franz, Anfang Oktober 2006 anlässlich der Berliner Absetzung der Mozart-Oper »Idomeneo«: »Die eigentliche Frage ist daher gar nicht, ob der Islam zu wenig kritikfähig ist oder ob er sein Verhältnis zur Gewalt überdenken muß. Die Frage ist, ob die Deutschen, die es auch in Zukunft noch sein wollen, die Tatsache akzeptieren, daß in dieser Republik die Befindlichkeiten von Ausländern und ihrer großmöglichen Interessenverbände über das Recht des eigenen Volkes auf eine unzensurierte Berichterstattung gestellt werden.« Außenpolitisch weiß auch dieser Teil der extremen Rechten, was er am Islam hat und wo der Hauptfeind steht, wie unter anderem die Solidaritätsbekundungen der NPD für Ahmadinejad zeigen.

Der Begriff »Islamophobie« ist nicht nur aufgrund seiner Entstehungsgeschichte diskreditiert. Er vermengt rationale Kritik am Islamismus und begründete Angst mit Ressentiments und Haß gegen Moslems. Da unter Phobien im üblichen Sprachgebrauch krankhafte oder irrationale Ängste und Aversionen verstanden werden, bedeutet er eine Pathologisierung kritischen Denkens und gegen islamische Herrschaftsansprüche gerichteten emanzipatorischen Handelns. Strukturell unterscheidet sich dieses Verdikt grundsätzlich von anderen für Diskriminierungen verwendeten Bezeichnungen. Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung abzulehnen, stellt immer und ohne Ausnahme eine nicht hinnehmbare Verletzung ihrer Würde dar. Jemanden wegen einer Ideologie und den daraus folgenden Ansprüchen und Handlungen zurückzuweisen, entspringt einer vollkommen anderen Logik. Bezeichnenderweise kommt es den Islam-schützern nicht in den Sinn, gläubige Moslems der »Christophobie« oder »Atheistophobie« zu bezichtigen. Für einen emanzipatorischen Gebrauch ist der Islamophobie-Vorwurf also denkbar ungeeignet.

Gewiß muß man etwaigen unter der Flagge der Islamfeindschaft daherkommenden xenophoben Aktivitäten entgegentreten, und so ist beispielsweise der von dem konservativen Publizisten Udo Ulfkotte anvisierten Gründung einer Antiislam-Partei der größtmögliche Mißerfolg zu wünschen. Erst recht sollte man dem Pöbelverein »Pro Köln«, der die legitimen Vorbehalte gegen den Ehrenfelder Moscheebau für eine ganz andere Agenda instrumentalisiert, in die braune Suppe spucken. Doch ist es gleichermaßen notwendig, den Islamismus auf der Basis einer säkularen Haltung zu kritisieren und zu bekämpfen und dabei den Vorwurf der »Islamophobie« als das zurückzuweisen, was er ist: ein Versuch, die Benennung und Beseitigung von Unterdrückungsverhältnissen zu verhindern. ●

Klaus Blees ist Mitarbeiter der »Aktion 3. Welt Saar«

Hermann Lueer

Warum verhungern täglich 100.000 Menschen? Argumente gegen die Marktwirtschaft



Seit mehr als 25 Jahren wird alljährlich am 16. Oktober zum Welternährungstag unter einem wohlklingenden Motto daran erinnert, dass weltweit mehrere Millionen Menschen verhungern.

1981 war das Motto: »Lebensmittel haben Vorrang«. Zehn Jahre später: »Lebensmittel für die Zukunft«. Zwanzig Jahre später – nachdem mehrere hundert Millionen Menschen elendiglich verhungert sind – hieß es in 2000: »Ein Millennium frei von Hunger«.

Entsprechend der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen soll bis 2015 der Anteil Menschen, die Hunger leiden, halbiert werden. Ein merkwürdiges Ziel.

In 15 (in Worten fünfzehn) Jahren soll die Anzahl der Menschen, die an Hunger leiden, lediglich halbiert werden. Rund 300 Millionen Menschen werden demnach verhungern, bis das Ziel erreicht ist, und wenn das Ziel dann erreicht ist, verhungern nur noch 15 Millionen jährlich.

Wer die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen gut findet, muss Gründe haben, warum alles andere unrealistisch und überambitioniert wäre. Einfach die Entwicklung, Produktion und Verteilung der Güter so zu organisieren, dass eine Versorgung der Menschen zustande kommt, erscheint absurd zu sein. Warum?

Weil »Wirtschaft = Marktwirtschaft« so nicht funktioniert. Die Marktwirtschaft wird darüber effizient gesteuert, dass Geschäfte gemacht werden. Es muss sich für jemanden lohnen, damit produziert und verteilt wird, und die, die in der Konkurrenz bisher nicht so erfolgreich waren, müssen selbst erfolgreich verkaufen, damit sie über das notwendige Geld verfügen, um ihre Bedürfnisse befriedigen zu können. Wer das normal findet, darf sich dann auch nicht wundern, wenn 2015 neue Ziele gesetzt werden, weil die alten in der Tat unrealistisch und überambitioniert waren.

Hermann Lueer
**Warum verhungern täglich 100.000 Menschen?
Argumente gegen die Marktwirtschaft**
Octopus Verlag, ISBN 978-3-86582-517-9, 13,80 Euro
www.whyhunger.com